

Ein klares Nein zur rechten Zeit erspart viel Widerwärtigkeit



Von MARTIN E. RENNER | Der „Volksmund“ hat schon immer vieles richtig gesehen und durch seine klare Sprache zum Ausdruck gebracht. Ich will hier und heute einmal auf die Frage nach dem künftigen Umgang der größten Oppositionspartei mit den Unionsparteien eingehen. Einige sprechen davon, dass man sich für eine Zusammenarbeit bereithalten sollte, viele sehen das ganz und gar nicht so.

Doch zuvor: Ich sehe mich berechtigt, als einer von sechzehn Gründern der „Alternative für Deutschland“ und dem Einzigen der ursprünglichen Gründer, der heute noch politisch aktiv in der Partei und im Bundestag wirkt, der von Anbeginn für die Gründungsideale einsteht und die ursprünglichen politischen Ziele im politischen Raum vertritt, diesen heutigen Artikel als grundsätzliche Mahnung zu veröffentlichen und als Zielsetzung zu formulieren.

Ich schrieb vor einigen Tagen: „... dass wir zukünftig nichts mit der heutigen Union zu tun haben sollten oder diese wegen ihrer früheren zu akzeptierenden Positionen in unsere politischen Zukunftsüberlegungen einbeziehen sollten. Auch wenn wir heute viele dieser früheren Positionen vertreten. Die Union hat alle, aber auch wirklich alle früheren Grundüberzeugungen verraten und für ihren Machterhalt verkauft und damit Deutschland auf das schwerste geschadet. Ein

politisches Zusammenwirken mit dieser Union wäre nicht möglich.“

Machen wir uns doch nichts vor

Unionspolitiker, die seit 20 oder 30 Jahren ausschließlich ihre eigenen materiellen und finanziellen Ambitionen verwirklicht haben und die „die ethischen Grundlagen des Dienens für unsere freiheitliche Bürgergemeinschaft“ niemals verstanden haben, sind kategorisch abzulehnen. Die heutigen politischen Akteure, die die neo-marxistische Dekonstruktion der ehemaligen konservativen CDU/CSU durch eine in der DDR in Marxismus/Leninismus ausgebildete Funktionärin widerspruchlos hingenommen haben, sind charakterlich, gesinnungsethisch und ideologisch ungeeignet.

Eine „Alternative für Deutschland“, die als strukturelle Antithese im politischen Diskurs – man könnte auch im Kampf sagen – gegenüber der neuen „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (CDU, CSU, SPD, GRÜNE, LINKE, FDP) wirkt und von allen bekämpft, beleidigt und verächtlich gemacht wird, kann nicht Partner der Führungspartei dieser „Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (N*SED)“ sein. Und zwar prinzipiell. Nicht als Seniorpartner und schon gar nicht als Juniorpartner.

Ich will das weiter ausführen und begründen

Selbst wenn die Union im Fortgang der desaströsen Wirtschafts- und Währungsentwicklung aufgrund der vorgeblichen und polit-medial bestens instrumentalisierten Corona-Krise grundstürzende Verluste an Wählerstimmen erleiden und ihrer Democrazia-Cristianaisierung entgegentaumeln müsste und dadurch marginalisiert würde, käme eine koalitionäre Zusammenarbeit mit einer freiheitlich, konservativ und patriotisch ausgerichteten Alternative für Deutschland nicht in Frage.

Erstens: Nun, wer glaubt denn, dass man mit diesen Unions-

Charakteren des Führungskaders, die bereits oben beschrieben wurden, ernsthaft und partnerschaftlich zusammenarbeiten könnte?

Glauben Sie, dass sich diese Polit-Funktionäre erneut um 180 Grad wenden würden – also die glatten Gegenpositionen der bisher vertretenen Standpunkte – nur um weiterhin Macht ausüben und um die ergatterten materiellen Besitzstände bewahren zu können? Eine solche neuerliche Wende, weg von der bisher jahrzehntelang allfällig akzeptierten neomarxistischen, internationalsozialistischen Grundierung der jetzigen Unions-Politik? Ich denke, nein. Das würde dann doch auch dem maximal bequemlichkeitsverblödeten Wähler langsam auffallen und diesem die wahre Fratze des heutigen linksgestrickten, hypermoralisierend daher schwadronierenden und für die Korruptionsofferten des polit-kommerziellen Komplexes immer offenen Berufspolitikers, der Union, aber auch aller anderen, offenbaren.

Zweitens: Und das ist die eigentlich entscheidende Begründung für ein „Nein“ zu jedweder koalitionären Kooperation im parlamentarischen Raum auf Bundesebene. Auf Länderebene und auf kommunaler Ebene mag das ein wenig moderater zu sehen sein.

Die Refeudalisierung des polit-medialen-kommerziellen Komplexes

Die Union hat sich in den letzten 40 Jahren eine Unterstützerumgebung von Mitprofiteuren der politischen Macht geschaffen, die nicht einfach so mal eben aufzulösen und zu marginalisieren ist. Gefolgschaftsbündnisse in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Vergessen wir doch bitte nicht, dass Großparteien wie die Union heute eher als Großunternehmen zu bezeichnen sind. Mit

zehntausenden, wenn nicht gar hunderttausenden direkt oder indirekt wirtschaftlich Abhängigen. So eine Art „Neo-Feudal-Kaste“ in unserer scheinbar „klassenlosen“ Gesellschaft, die sich innerhalb der letzten 30/40 Jahre gebildet hat. Und in dieser „Neo-Feudal-Kaste“ sind all jene versammelt, die von den Steuergeldern leben, die man den werteschaaffenden Milieus (etwa 15-18 Millionen Personen, Arbeitnehmer, Selbständige, Unternehmer) in immer höher werdenden Quoten Monat für Monat abpresst. So viel abpresst, dass für den Aufbau einer eigenen familiären Vermögensbasis wenig bis gar nichts übrig bleibt.

Und von genau dieser „intellektuellen Kaste“ spricht Gottfried Benn, der er die Verantwortung für das Zugrundegehen des Abendlandes zuweist. Für ihn sind das die hündisch kriechenden Intellektuellen vor den politischen Opportunitäten.

Eine Alternative für Deutschland, die sich mit dieser universalistisch, globalistisch und marxistisch ideologisierten Beutegemeinschaft, bestehend aus Politikern der Union – aber auch der anderen Parteien –, dem Kirchenklerus, den Managern der internationalen Finanz- und Großkonzerne, den Gewerkschaftlern, den Aktivisten der NGOs, den Unternehmern der Sozialindustrie und den Interessensvertretern der Islamverbände, einlässt und kooperiert, kann nichts gewinnen und sich niemals mit den ureigenen und damit den essentiellen Zielsetzungen durchsetzen.

Die Marginalisierung der Beutegemeinschaft muss das oberste Ziel sein

Weil gerade die Zerschlagung und die Marginalisierung eben dieser Beutegemeinschaftsinteressen das oberste Ziel unserer fundamentalen Opposition sein muss.

Und etwas sehr Bedenkliches wird die Folge der möglicherweise angestrebten Zusammenführung und einer scheinbar kooperativen Zusammenarbeit sein. Nämlich, die Führungskader einer zur

Kooperation willigen AfD werden sehr schnell den allumfassenden und vieles versprechenden Korruptionsangeboten dieser oben beschriebenen und existierenden Beutegemeinschaft erliegen. Auch bei der Alternative für Deutschland sind es ja nur Menschen.

Im Ernst, man kann doch nicht glauben, dass eine koalitionsbereite Alternative für Deutschland dann auf der Ebene der Bundespolitik noch die notwendige Streichung von Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für Genderlehrstühle, für Integrationsplemplem, für Kultur "schaffenden Unsinn", für Klimagaga, für Frühsexualisierung, für Islamförderung, für Energieutopien, für staatliche Medienförderung, für ideologisch erwünschtes Influencersponsoring, für Cultural-Main-Streaming, für „Keine-Kinder-Politik“ und für Mittelstandsvernichtungsprogramme der EU durchzusetzen vermag.

Und genau die alternativlose Verneinung, die grundsätzliche Streichung aller Förderprogramme und das Leeren der Fördertöpfe, die die bislang agierenden Politiker mit Steuergeldern lustvoll gefüllt haben – auch mit dem Hintergedanken, damit etwas Wichtiges für ihre eigene politische Existenzabsicherung getan zu haben – ist das grundsätzlich „Antithetische“ der AfD-Gründung und der AfD-Zielsetzung.

Verlieren wir diesen Ansatz der Alternative für Deutschland aus den Augen, geben wir erstens die „Alternative“ und zweitens den Grundsatz „für Deutschland“ verloren. Das und nur das ist die erste Forderung an die AfD. An der und nur an der wird sie sich messen lassen müssen.

Das Ende des „Marsches durch die Institutionen“

Sie muss den „Marschierern durch die Institutionen“, also den 68ern und ihren Apologeten, die in Wirklichkeit die Realisatoren des neo- und kulturmarxistischen Forderungskataloges der „Frankfurter Schule“ waren und sind,

die staatlich finanzierte Existenzsicherung ein für alle Mal streitig machen und entziehen. Die Alternative für Deutschland muss die Nemesis (Göttin des gerechten Zorns) für die Hybris der neo- und kulturmarxistischen Aktivisten in unserer bisherigen bürgerlich-freiheitlichen, wettbewerbsorientierten und bildungs- und kulturbegeisterten Gesellschaft sein.

Dieser beabsichtigten und in die Wege geleiteten Transformation (A. Merkel) unseres gesellschaftlichen Lebens muss klar, unmissverständlich und fundamental entgegengehalten werden. Nur so kann die geistig-moralische Wende gelingen, von der bereits Helmut Kohl zwar schwadronierte, aber aus opportunistischer Anbiederung an den in den Abgrund führenden „Zeitgeist“ nicht wirklich etwas dagegen unternahm.

Nur dann werden wir in Deutschland als freiheitlich denkender, konservativ handelnder und patriotisch fühlender Demos, also als Staatsvolk, wieder unsere grundgesetzlich garantierte Souveränität zurück erlangen. Nur dann werden wieder die politischen Felder „Freiheit, Recht, Demokratie, Nation, Familie (Ehe, Kinder), Eigentum, Fortschritt und Sicherheit“ in den Prioritätsrang, der ihnen zukommt, zurückgeführt werden.

Ist Regierungsmacht das einzige Ziel einer Partei?

Nun könnte man einwenden, dass das hier Beschriebene doch nicht der vermutlich innewohnenden Zielsetzung einer jeden Partei entspricht, Regierungsmacht oder zumindest Regierungsbeteiligung zu erlangen.

Ich bin mir sicher, dass wir am Beginn einer grundsätzlichen Neu-Formatierung unserer parlamentarischen Demokratie stehen. Die nicht mehr existente autonome Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative wird wieder hergestellt werden müssen. Die heutigen „Politfeudalisten“ werden spätestens nach dem Hereinbrechen der uns bevorstehenden währungspolitischen, wirtschaftspolitischen,

sicherheitspolitischen und bildungspolitischen Katastrophen klägliche Ergebnisse in zukünftigen Wahlen auf Bundes- und auf Länderebene erleben.

Und es werden neue politische Bewegungen erstarren, die neben der „Alternative für Deutschland“, die den ersten und wichtigsten parlamentarischen Brückenkopf bildet, an dieser Neuformatierung unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens mitwirken.

Doch darüber berichte ich Ihnen ein anderes Mal. Es wird nichts mehr so sein, wie es war. Aber es wird sich in unserem Deutschland vieles verbessern.

(Martin E. Renner ist Bundestagsabgeordneter der AfD. Er war Anfang 2013 einer der 16 Gründer der Partei in Oberursel. Seine Kolumne auf PI-NEWS erscheint alle zwei Wochen)